

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/8,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Volkswacht

Inserionsgebühr
Beträgt für die fünfgehaltene
Zeitspalt oder deren Raum
20 Pfennige, für Bericht- und
Berichtungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 48. Breslau, Montag den 25. Februar 1895. VI. Jahrgang.

Unsere Polen.

Im vergangenen Sommer erlebten wir das Schauspiel einer mehrere Wochen anhaltenden Polenbege, in der letzten Woche das einer mehrtägigen Polenbebatte im preussischen Abgeordnetenhaus. Bei beiden Schreib- und Redeschlachten ist nicht viel herausgekommen; vielleicht gelingt es uns jedoch, im Folgenden der Geschichte einige interessante Partien abzugewinnen.

Die große deutsche Nation hat ja ringsum „Weichselufer“; Dänen im Norden, Polen und sonstige Slaven im Osten, einige Tausend Tschechen im Süden, Franzosen im Westen und dann noch Wenden im Inneren. Die Stärksten von Allen sind die Polen; nahezu drei Millionen leben im „preussischen Antheile Polens“, in den Provinzen Posen und Westpreußen, die uns damals zufielen, als die schwarzen Adler, der russische, österreichische und preussische, den polnischen weißen brüderlich als Beute theilten. Die Stärke der Polen, aber auch die Fähigkeit der Schlachta (des Adels) und des Klerus kommt in der politischen Vertretung unserer polnischen Landestheile im Reichstage zum Ausdruck.

Bei der letzten Reichstagswahl, am 15. Juni 1893, haben rund 230.000 polnische Reichstagswähler 19 polnische Reichstagsabgeordnete gewählt. Da demnach auf ca. je 12,100 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, während im Durchschnitt erst auf 19,300 Wähler ein Vertreter kommt, so zeigt sich, daß die Polen von Wahlglück ganz besonders begünstigt sind. Das kommt daher, daß die Polen die einzigen Begenden, in denen sie vertreten sind, so vollständig beherrschen, daß ihre Gegner nicht gegen sie aufkommen können, die Polen also keine oder nur wenige Minoritäten verlieren, und daher, daß die polnischen Abgeordneten vorwiegend in ländlichen Wahlkreisen gewählt worden sind, die gegenüber den bedeutend stärker bevölkerten Wahlkreisen mit Großstädten und starker Industrie von vornherein begünstigt sind.

An der Polenbege im vergangenen Sommer hatten die Polen selbst wenig oder gar keine Schuld. Akerhand alt- und altteutsche Leute, die sich über die negativen Resultate der preussischen Germanisation und über die ganz passablen positiven Erfolge der Polen gelegentlich der Ausstellung in Lemberg ärgerten, erhoben gegen die Polen die lächerlichsten Vorwürfe. Nicht mehr bloß von der Ueberhebung und der Frech-

heit der Polen, nein, von ihrem Hochverrath faselte man bereits. Freilich sangen manche Polen in Lemberg im Weinrausche und in der Patriotenaune gar zu laut ihr „jeszcze Polska nie zginęła“ („noch ist Polen nicht verloren“).

Polen ist längst verloren; es war eigentlich schon verloren, ehe es getheilt wurde. In gewisser Weise geschah mit den Theilungen Polens dem polnischen Adel, der Könige und Volk zugleich beherrschte, nur recht. Jahrhunderte langer Uebermuth wurde endlich einmal bestraft. Die Volkshäer dieser Bestrafung waren freilich auch nichts weniger als gerechte Leute. Bei den Theilungen sowohl, wie bei Gelegenheiten der polnischen Aufstände 1793, 1831, 1846), wurde offener Massenraub am Gut der Polen getrieben, und die Polen haben unendlich viel erdulden müssen von ihren neuen Herren, nicht das Wenigste die zu Preußen gehörigen.

Die Polen wissen jetzt auch sehr wohl, daß es nichts nütze, gegen den Stachel zu lösen. Abgesehen von einigen Dummköpfen und Betrügnern, die noch von Zuständen und der Wiedererhebung des weißen Adels reden, sind sie Realpolitiker geworden, suchen es sich da, wo sie nun einmal sind, einzurichten und haben meist in Folge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage weder Zeit noch Geld für hochfliegende nationale Dinge übrig. Daß sie vielleicht daran denken, bei einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland im Trüben zu fischen und etwas profitieren zu können, kann man ihnen nicht weiter verargen. Für jetzt aber ist die Behauptung, es gäbe eine gefährliche Polenbewegung, die man streng überwachen und „kurzer Hand“ unterdrücken müsse, durch nichts zu beweisen.

Daß den Polen die Art und Weise, wie man sie germanisiren will, nicht gefällt, und daß sie ihr Mißfallen über die Maßregeln der Regierung ab und zu energisch laut werden lassen, ist doch nicht wunderbar. Sie müßten Schlafmützen sonder gleichen sein, wollten sie es so einfach über sich ergehen lassen, daß man ihnen ihre alte Sprache, die noch jetzt von mehr als 30 Millionen Menschen gesprochen wird, und die eine hochbedeutende Literatur hat, nimmt. Die Germanisation, auch wenn sie noch so klug und noch so schonend durchgeführt würde, ist nun einmal eine Unterdrückung des Polenthums, die diejenigen, die davon betroffen werden, auf jeden Fall als Ungerechtigkeit und Härte empfinden müssen.

Und ist denn die Germanisation so besonders klug und schonend? Keineswegs.

Früher war aus der Germanisation doch noch wenigstens ein Nutzen für die Germanisatoren entstanden; das ging gewaltsam zu, aber man erreichte seinen Zweck. Bismarcks Taktik jedoch, durch den 1886 der bekannte Hundertmillionenfonds zu Germanisationszwecken gegründet wurde, führt nicht einmal zu dem beabsichtigten Zwecke, sie nützt sogar den abmeiernben polnischen Rittergutsbesitzern, denen man mit dem Kaufgelde für ihre Güter, die sie sonst nicht los würden, wieder auf die Beine hilft, sodas sie sich in einer anderen Gegend ankaufen können und dort fester als vorher sitzen. In acht langen Jahren hat man circa 700 deutsche Familien in Posen und Westpreußen angesiedelt, die nicht schon vorher in diesen Provinzen gewohnt hatten. Diese „Erfolge“ beweisen es am besten, daß die Geschäfte der Ansiedelungskommission schlecht stehen. In der halben Zeit hat die Bromberger Generalcommission, die Oberleitung der polnischen Colonisation, mehr Geschäfte gemacht als jene.

Und bei all den Schicanen, die die Polen zu ertragen haben, sind sie noch so loyal, als möglich. Schon längst streben sie nach Hoffähigkeit, und der Seculan Koscielski ist ihr Mufter. Sie apportiren gern der Regierung, was sie nun können und hoffen, bei dieser Tactik etwas für sich herauszuschlagen. Der ehemalige Propst von Breschen, der jetzige Erzbischof von Stabrowski hat diese Politik der Loyalität inauguriert, sie hat den Polen selbst nichts genützt, hat aber ihre Vertreter, die mit der Bevölkerung in keinem Zusammenhang stehen, in das Regierungslager geführt oder wenigstens in dessen Nähe. Ein kleiner Theil der Polen hat freilich eine Volkspartei zu gründen versucht und macht den Schlachzigen und Präpsten energisch Opposition, ob aber Dr. Szymanski, der Leiter des demokratisch-polnischen „Drenownik“ („Volkswacht“) nennenswerthe Erfolge haben wird, bleibt bis jetzt zweifelhaft.

Eher kann man vielleicht daran denken, daß die polnischen Antisemiten Fortschritte machen und, was noch wichtiger ist, uns unter den Polen den Boden ebnen. Sie haben bereits zwei polnische Zeitungen, und die eine, „Tostemp“ („Fortschritt“), verdient diesen Namen in einem Lande, dessen Bevölkerung ohne alles politische Leben ist, mit einem gewissen Recht. Der Erzbischof von Posen erkannte auch die in der antisemitischen Agitation unter den Polen liegenden Ge-

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdem verboten.]

Der alte Vernaub, der von seinem Sohne von der Angelegenheit unterrichtet worden war, bat Andree, in seinem Bureau vorzusprechen. Nach einigen banalen Worten, die sein Beileid ausdrücken sollten, jagte er plötzlich zu ihm:

„Anstatt daß Ihnen 435,000 Francs auf Ihr Haus leihe, möchte ich es für 440,000 Francs kaufen. Ich kenne es. Ich könnte es vielleicht billiger bekommen. Sie könnten es vielleicht theurer verkaufen, aber ich erspare Ihnen die Unkosten und Unannehmlichkeiten einer gerichtlichen Abschätzung. Ich bezahle baar. Die Möbel und einige Gegenstände, auf die Sie besonderen persönlichen Werth legen, lasse ich Ihnen natürlich. Wir werden darüber noch eingehender verhandeln. Am fünfzehnten trete ich meinen Besuch an. Ist es Ihnen so recht?“

Andree hat um zwei Tage Bedenkzeit. Er fragte seinen Onkel um Rath, der das Anerbieten zufriedenstellend fand. Was seine Mutter betraf, so war sie, da man ja doch an einem oder dem anderen Tage das Haus verlassen mußte, damit einverstanden, daß alles so schnell wie möglich erledigt wurde.

Die Furcht vor der Operation ist ja bei einer Kranken oft schlimmer, als die Operation selbst. An-

fänglich freilich sagte Frau Savenay: „Wie? So bald?“ Dann aber, als sie begriffen hatte, daß der Augenblick des unvermeidlichen Opfers gekommen war, hatte sie leuchtend eingewilligt. Mit ihrer Tochter hatte sie dann schweren Herzens alles ausgewählt, was sie von den Möbeln behalten wollte. Vernaub, den sie lieber nicht sehen mochte, kam, um das Inventar aufzunehmen, während sie eine Wohnung suchte. Er stellte dabei fest, daß die Gemälde und Vorhänge auf das zweckmäßigste angebracht seien und beglückwünschte Andree beiläufig mit grausamer Liebenswürdigkeit zu dem Geschnack, mit dem er seinen Salon so eigenartig ausgestattet habe. Im Uebrigen benahm er sich als Gentleman. Er beanstandete nichts von dem, was die beiden Frauen für sich bei Seite gesetzt hatten.

Der Kaufvertrag war unterzeichnet. Andree ließ alles, was er nicht verkauft hatte, verpacken. Morgen sollte die Familie Savenay das Haus verlassen. Sie hatte bereits das letzte Mittagmahl in dem Speisesaal, den der Vater erbaut, eingenommen. Sie hatte den letzten Abend in dem Salon verbracht, der ihr dreißig Jahre lang gehört hatte. Es war ein trauriger Abend, an dem jeder mit geprehten Herzen vor sich hinbrütend dasaß und schwieg aus Furcht, die Traurigkeit der anderen zu vermehren. Früh hatte man sich dann getrennt. Aber Frau Savenay wollte dem Hause, in dem sie so viel von ihren liebsten Erinnerungen zurüchließ, zum letzten Male Lebenswohl sagen. Mit einer Kerze in der Hand ging sie langsam durch das öde, schweigende Haus, das mit feinen

Herren zu trauern schien. Tieftraurig irrte sie in den großen, dunklen Zimmern umher, die sich für sie mit geliebten Pantomimen belebten. Bei jedem Schritt berührte ihr Fuß die Trümmer und Fetzen ihres vergangenen Glückes.

In dieser Nische, die ihr Lieblingsplatz war, mußten an der Wand noch die Striche zu sehen sein, die für jedes Jahr angaben, wie groß die Kinder geworden waren. Hier blieb sie vor einem alten, normannischen Schranke stehen. O, wie war sie damals entzückt, als ihr Gatte sie, von einer seiner Reisen heimgekehrt, mit diesem Geschenk überraschte! O, warum hat sie ihn nicht auch dem Schatz von Reliquien zugefügt, von denen sie sich nicht trennen wollte. Dort war das Atelier, in dem er arbeitete, und hier das Zimmer, in dem er gestorben war. Ruhig und bleich stand sie da, beleuchtet von dem gelben Schein der Kerzen. Wie sonderbar ist das Herz des Menschen, daß es sich an die Gegenstände hängt, die nicht nur die Zeugen und stummen Vertrauten seines Glückes, sondern auch seiner Leiden waren.

Die arme Frau, sie wollte aus der Tiefe ihrer Erinnerung die geringsten Kleinigkeiten, die sich an alles, was sie umgaben, knüpften, hervorschöpfen. Ihr Auge nahm all die Ehren und deutlichen Bilder auf, die sie später jedes Jahr vor ihrem Geiste auflieben lassen wollte. Es ist ihr, als verlore sie mit diesem eine ihr liebe Person, die von nun an in ihres Ge-

fahren für die jetzige Polenpartei an, als er im vergangenen Sommer dem Vertreter des „Berliner Börsencourier“ gegenüber äußerte, daß auch der Socialismus schon vernehmlich an die Thore Polens klopfte, allerdings zunächst noch in der Form der antisemitischen Demagogie. Der Antisemitismus ist also gerade hier die „Vorfrucht“ der Socialdemokratie.

Eine ganz neue Erscheinung ist das schroffe Auftreten einiger germanisierungswüthigen Deutschen in Posen und Westpreußen. Bei Gelegenheit der im letzten Sommer stattgefundenen Bismarckfahrten der Posener und westpreussischen Deutschen wurde eine „Vereinigung zur Wahrung der Interessen des Deutschthums in den Dänemarken“ gegründet, es ist der jetzt nach den Gründern Hanse-, Renne- und Diederichs benannte H.-R.-D.-Verein. Die Polen machen sich über die H.-R.-D.-Leute lustig und boykottieren die deutschen Geschäftsleute, die zu jenem Bunde gehören. So lang der Name der Vereinigung, so kurz wird wohl ihr Bestand sein.

Diese Dinge spielen jedoch sammt und sonders nur in den Bourgeoiskreisen. Einen intelligenten und kräftigen Mittelstand giebt es kaum; das Proletariat aber ist vollständig bedeutungslos. Die polnischen Bauern und Arbeiter sind noch weitaus zum größten Theile Stummvieh der Prährie und Salachysien. Hier haben wir die schwierigste Aufgabe, die Geister von dem drückenden Joch zu befreien, das sie zu materieller und geistiger Armutigkeit herabgedrückt hat.

Politische Rundschau.

Von den politischen Kautschukmännern, den Herren Nationalliberalen, war Herr v. Köller bei seinem Antritt als preussischer Minister des Innern mit besonderer Freude begrüßt worden, erhoffte man von ihm doch ein recht scharfes schneidendes Auftreten gegen die verhassten Socialdemokraten. Darin wird man sich ja nun auch nicht wohl getäuscht haben, aber die jüngsten „Leistungen“ des schneidigen Herrn haben denn doch auch bei den Nationalliberalen den Eindruck gemacht, daß man sich in den Fähigkeiten und zwar besonders in den staatsmännischen Fähigkeiten desselben recht sehr getäuscht hat. Die „Nationalzeitung“ bemerkt angefaßt des auch von uns mitgetheilten Auftretens des Herrn Ministers im Abgeordnetenhaus recht bitter: „Wir haben bei Herrn v. Köller's Ernennung gefaßt, man müsse ihm fair play geben, zu zeigen, was er als Minister zu leisten vermöge, und wir selbst sind darin soweit gegangen, daß wir die Bedenken gegen die inhaltlich unbedeutenden und zum Theil verfehlten, in der Form saloppen Reden, welche Herr v. Köller im Reichstag über die „Umanzvorlage“ hielt, nur so zu sagen „marfirten.“ Inzwischen hat aber in politischen Kreisen mit immer größerer Bestimmtheit verlaunt, Herr v. Köller scheint nach dem ganzen Eindruck, den er machte, den Aufgaben des übernommenen Amtes nicht gewachsen, seine Arbeitskraft scheint dafür nicht ausreichend, er sei der preussischen Gesetzgebung während seiner Thätigkeit in Schlaf-Schlafungen fremd geworden, er sei im hohen Grade nervös. Die letzte Angabe scheint bestätigt zu werden durch das gestrige Auftreten, u. A. auch durch die ganz unmonotonen

Ausfälle gegen die gesammte Presse, die im Allgemeinen Herr v. Köller dazu durchaus keinen Anlaß gegeben, insbesondere durch so scurrile (narrenhafte) Bemerkungen, wie die, das meiste, was in der Presse stehe, sei nicht wahr u. s. w. Das Herr von Köller von „seinen“ Beamten spricht, sei nur im Vorbeigehen als ungebührlich erwähnt: die Beamten sind die des Staates. Durch die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses muß die schon während der oben erwähnten Reichstags-Verhandlungen entstandene Ansicht, daß die Wahl des Herrn v. Köller zum Minister des Innern ein Fehlgriff war, erheblich verstärkt werden.“ — Armer Köller, also wirst du jetzt schon von Deinen lieben nationalliberalen Freunden verlassen!

— Die lächerliche Bismarckverhimmelung wird in Bayern besonders von den „Münchener Neuesten Nachrichten“, einem „hochangesehenen“ Blatte, in geradezu eitelhafter Weise betrieben. Das edle Blatt fordert allen Ernstes, daß Reichstag und Bundesrath dem „Einen und Einzigen“ das „Reichsregiment“ zum 80. Geburtstag verleihen sollten. Dieser Speichelleckerei gegenüber erinnert Dr. Sigl im „Vaterland“ an die Haltung desselben Blattes, als sich Bismarck im Jahre 1866 beim Friedensschluß von bayerischem König eine hohe Auszeichnung verleihen ließ, natürlich auf seinen eigenen Befehl. Damals schrieben die „Neuesten Nachrichten“ u. A. wörtlich:

„Der Urheber des unglücklichen Krieges, der Zertrümmerer des deutschen Bundes, für dessen Aufrechterhaltung unsere Söhne gekämpft und geblutet, der Mann, welcher mit Hilfe des Auslandes Deutschland zerrissen, Bayern verkleinert und erniedrigt, ihm eine fast erdrückende Schuldenlast aufgebürdet und ganze Provinzen desselben an den Vorkriegsstand gebracht hat; der Mann, welcher deutsche Fürsten vom Throne gestoßen und in die Verbannung gejagt hat und der auf der Bahn der Annerkennung nur einhält, um Athem zu schöpfen... dieser Mann wurde durch Bayern's höchsten Orden ausgezeichnet.“

Ja, ja, die Zeiten ändern sich — aber recht fatal sind solche Reminiscenzen für unsere Bismarckseelen immerhin doch!

— Dem elenden Gemäsch von der Vergewandung der Arbeitergroßchen durch socialdemokratische Führer, wie es Centrum- und andere Leute so gern betreiben, läßt Dr. Sigl im „Vaterland“ auch eine recht derbe Abfertigung zu Theil werden. Er schreibt: „In einer Socialdemokraten-Verammlung behauptete ein „Genosse“, daß die Führer Campaigner trinten, der mit den Großen armer Arbeiter sprach wurde“, was die Centrumblätter natürlich sofort aufgegriffen und weiter verbreiten. — Der „Genosse“ der das behauptet, heißt die französische Einbildungskraft. Mit den gesammten „Arbeitergroßen“ läßt sich überhaupt nicht Campaigner trinken; wenn aber einzelne Führer sich Campaigner leisten, so thun sie's aus Eigennutz: denn es befinden sich sehr reiche Leute darunter, die sich das leisten können, ohne einen Arbeitergroßen als „Zuschuß“ nöthig zu haben. Das die Centrumblätter von „Ausbeuten der Arbeiter“ durch die Führer u. s. w. sagen, ist zu dumm, als daß eine Antwort darauf nöthig wäre. Wenn ein Arbeiter einmal einen Strohhalm für Partei-

angelegenheiten spendirt, so wird er dadurch lange nicht „ausgebeutet“ und giebt er das Geld für die Partei, der er angehört und von der auch seine Sache betrieben und vertreten wird; er giebt also für seine Sache und seine Vertretung, und das kann von einer Ausbeutung nicht die Rede sein.“

— Auch ein Grund zur Demission. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr v. Schele, hat, wie der „Hann. Cour.“ erfährt, in Berlin die Erklärung abgegeben, unter der Colonialabtheilung bezw. ihrem Director nicht dienen zu wollen. Bekanntlich ist im December vor gen Jahres eine kaiserliche Verfügung ergangen, durch welche die gesammte Verwaltung der Schutzgebiete, einschließlich der Behörden und Beamten, der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes unterstellt wurde. Nun führt aber der Gouverneur von Ostafrika den Titel „Excellenz“, sein Vorgesetzter, der Director der Colonialabtheilung, aber nicht, das hat den Anlaß zu fortwährenden Conflicten gegeben. — Und deshalb will „Excellenz“ nicht mehr weiter dienen? Das ist in der That schon mehr wie lächerlich — aber es entspricht ganz und gar dem Geiste (?) des Bureaokratismus, wie er sich im lieben deutschen Vaterlande noch immer breit macht.

— Die Freunde der Tabaksteuerreform versuchen in dem Maße, wie die Budgetcommissar durch ihre Beschlüsse den Reichshaushaltetat entlastet, ihn durch die Ansetzung neuer Ausgaben wieder höher zu belasten, um nach wie vor über eine ungünstige Finanzlage klagen zu können. So ist auch der Antrag der Conservativen (von Bobbelski und Genossen) aufzufassen, den Reichskanzler zu ernennen, zu veranlassen, daß für das Etatsjahr 1895/96 die Mittel bereit gestellt werden, um den Quartierwirth, die während der Uebung der Truppen den Mannschaften die Verpflegung freiwillig verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewähren zu können.

— Der Beruf der preussischen Landtags-Abgeordneten. Der amtlichen Statistik ist folgendes über die Berufsstellung der Landtags-Abgeordneten zu entnehmen:

Von den auf Grund der letzten Wahlen in das preussische Abgeordnetenhaus eingetretenen 433 Abgeordneten gehörten allem 40,2 v. H. zu den Landwirthen; es folgten die activen Verwaltungsbeamten mit 14,3 v. H., die activen Justizbeamten mit 7,4, die Gewerbetreibenden mit 5,8, die Rentner mit 5,3 und die Kaufleute mit 4,4 v. H. Bei den Conservativen steigt der Antheil der Landwirthe auf 64,8 v. H.; bei den „Wilden“ beträgt er 55,6, bei den Freiconservativen 38,3, bei den Polen 29,4 auch bei den Nationalliberalen noch 28,9 und beim Centrum 23,2 v. H., dagegen bei der freisinnigen Volkspartei kein Landwirth vorhanden ist. Der Antheil der activen Verwaltungsbeamten beträgt bei den Freiconservativen 38,3, bei den Conservativen 22,5, bei den Nationalliberalen nur 4,4 und beim Centrum nur 1,05, während die beiden freisinnigen Fractionen und die Polen in ihren Reihen keine Verwaltungsbeamten zählen. Die meisten activen Justizbeamten hat das Centrum mit 31,6 v. H.; dann folgen die freisinnige Vereinigung mit 16,7, die freisinnige Volkspartei mit 14,3 und die

innerung neben all den Theuren, die für immer von ihr geschieden, einen Platz haben müsse.

Am andern Tage wollte die alte Schwäche sie wieder übermannen, als sie bei dem letzten Blick auf das Haus, das sie verlassen hatte, den Namen ihres Gatten über dem Portal las. Aber schon drante der Morgen sie nach ihrer neuen Wohnung. Es war sehr bescheiden, dieses neue Heim. Andre hatte ihr gesagt, daß sie nicht mehr als 1000 Francs für Wohnungsmiethe ausgeben dürfe, und schließlich hatte sie sich ergeben in das Unvermeidliche gefunden. Andre hatte ein Quartier gewählt, das einen sehr freundlichen Eindruck machte. Er schloß wohl, wie wichtig es war, den beiden Frauen das Gefühl ihres Verlustes so wenig wie möglich zum Bewußtsein kommen zu lassen. Die Wohnung bestand sich in einem neuen Hause, nicht weit von ihrem alten Heim, einige Schritte vom Bois cathedraux auf einem Boulevard, dem Boulevard Péreire, den man, ohne erstehen zu müssen, als Adresse angeben konnte. Die Gartenbahn hatte in der Nähe eine Haltestelle und die Eisenbahn in ja nicht, wie der gewöhnliche Omnibus, ein Verkehrsmittel, das zu besorgen der gute Ton verbietet. Die Zimmer sind niedrig und klein. Sie sind noch nicht bemöblirt gewesen und darum so verhältnismäßig billig an Andre vermietet worden. Aber dafür hat die Wohnung ein Vorzimmer, einen Salon und einen Salon, allerdings von der kleinste Sorte. Die Tapeten sind neu, die ganze Wohnung macht auch — wie man ja sagen pflegt — einen soliden, bürgerlichen Eindruck. Das

alles hindert aber nicht, daß Frau Savenay, als sie ihr neues Quartier mit den letzten Wänden zum ersten Mal erblickte, in Thänen ertränkt. Aber sofort macht sie sich Vorwürfe ob ihrer Schwäche und umarmte ihren Sohn mit der Bitte, ihr zu verzeihen.

Andre hatte gehofft, die Arbeit ihrer jetzigen Lebensführung und vor allem die mühsamen Arbeiten zur Einrichtung der Räume würden Mutter und Schwester zittern. In den ersten Tagen hatten sie allerdings auch keine Zeit, über ihren Kummer zu grübeln.

Wahre Wunder von Geisteskräfte waren nötig, um in den engen Räumen die Reste ihres früheren Lebens passend unterzubringen. Der Salon erinnerte an den Salon eines Salazariermeisters und Kippelständer. Man mußte schon sehr geschickt sein, wenn man sich ohne anzustoßen zwischen all den Tischen, Sophas und Planten hindurch wagen wollte. Das Piano macht ein Geräusch ganz unangenehm. Der Kronleuchter bedrohte die Köpfe aller dorthin, welche unter ihm weggehen wollten. Die lebensgroßen Bilder von Herrn und Frau Savenay reichten von der Decke bis zum Fußboden und machten den Eindruck lebender Personen, die sich aus Range an Platz an die Wand gedrückt hatten. Und wenn das Empfangszimmer schon so unruhig war, was sollte man da erst von den übrigen Zimmern sagen? Die Thüren mußte man überall offen lassen, damit man nur atmen konnte. Corridors, Arbeitsstühle, alle möglichen ebenis disponieren mit unzähligen Kleinigkeiten nahmen sie natürliche

Räume dermaßen ein, daß die eigentlichen Bewohner sich wie Eindringliche vorkommen mußten, die nur aus Gnade hier geduldet wurden. Gott weiß, was sich noch alles in den großen, geheimnißvollen Schränken befand, in denen Frau Savenay einiges Silbergeräth und Familienschnuckelchen, die ihre Kinder — wie sie meinte — eines Tages gewiß gern wiederfinden würden, aufbewahrte.

Nachdem schließlich alles seinen Platz gefunden, was durchaus nicht leicht war, hieß es, das neue Leben der Familie einrichten, das bedeutete so viel, als die Kunst zu lernen, arm zu sein. Das zu lernen ist schwieriger, als man glaubt, denn es handelte sich hier darum, arm zu sein, ohne es zu scheinen. Armuth schändet nicht, sagt ein altes Sprichwort, das so alt ist, daß es sich nun bald überlebt haben wird.

Sagt es doch heute einmal, finanziell ruinirte Leute darin zu unterstützen, daß sie mit ihrem Geld nicht ihren persönlichen Werth verloren haben, daß sie in der Achtung der Welt nach wie vor auf derselben Stufe stehen, daß sie heute noch das sind, was sie gestern waren! Freunde und Verwandte, Nachbarn und Bekannte beeilen sich, es ihnen zum Bewußtsein zu bringen, sei es durch flüchtigere Begrüßungen, durch freieres Benehmen, daß sie gesunken, geringer geworden, deslascirt sind. Ist es da erstaunlich, daß Frau Savenay und ihre Tochter sich wie verweigert weigerten an den Schein des Reichthums klammerten? (Fortsetzung folgt)

Nationalliberalen mit 10,0 v. H. Bei den Conservativen sind nur 4,9 und bei den Freiconservativen 5,0 v. H. Justizbeamte. Die Rechtsanwälte sind vornehmlich bei der freisinnigen Vereinigung mit 21,4 v. H. vorhanden; beim Centrum beanpruchen sie 5,3, bei den Nationalliberalen 4,4, bei den Conservativen nur 0,7 v. H. Die meisten Kaufleute, Gewerbetreibende und Industriellen sind bei den Nationalliberalen mit 24,4 v. H. vorhanden; demnächst folgen die Polen mit 17,6, das Centrum mit 9,5, die freisinnige Volkspartei mit 7,1, die Freiconservativen mit 5,0 und die Conservativen mit 1,4 v. H. Die Rentner sind am meisten vertreten bei den Polen mit 17,6, beim Centrum mit 10,0 v. H. Leider fehlen bei dieser Statistik jegliche Vergleichszahlen von früheren Wahlen. Von sämtlichen Abgeordneten wohnen 305 innerhalb ihres Wahlkreises, 128 außerhalb desselben, darunter 39 in Berlin und den Vororten. Im Durchschnitt hatten also fast dreiviertel aller Abgeordneten ihren dauernden Aufenthalt in ihrem Wahlkreise, von den Abgeordneten der conservativen Partei (125 von 142) noch ein viel größerer Theil, während umgekehrt bei dem Centrum und den Polen die Abgeordneten aus fremden Wahlkreisen überwogen. Von den Nationalliberalen wohnten 32 innerhalb, 28 außerhalb, von den freisinnigen Parteien 14 innerhalb und 6 außerhalb ihres Wahlkreises.

sich dem Eisengriffe John Bulls zu entwenden, der seine Seemachtsposition und die englischen Gläubiger Aegyptens schützt und das Ministerium Nubar Pascha, das die englischen Interessen vertritt, für sich ausnützt. Der Khehivie sträubt sich mit Nägeln und Zähnen gegen „sein“ Ministerium und will eine Verwaltungsvorlage Nubar Paschas nicht annehmen. Frankreich und Russland wirken auf den jungen Khehivie ein, und Aegypten kann einmal der Grisaapel in einem Weltkriege werden. Auch jetzt macht Aegypten dem Cabinet Rosebery viel zu schaffen. Das im Dienste der englischen Regierung stehende Reutersche Bureau meldet aus Kairo: „Die über die Lage in Aegypten in der europäischen Presse verbreiteten Gerüchte seien „etwas übertrieben“. Man habe vielleicht zweifellos beunruhigenden Symptomen zu große Bedeutung beigelegt, sie würden jedoch wahrscheinlich keine Folgen haben. Im allgemeinen erscheine das Land zufrieden und ruhig; es sei kein Anzeichen eines Wechsels in der Politik der englischen Regierung vorhanden, die den einfachen Wunsch hege, ununterbrochen das Werk der Verwaltungsreformen fortzusetzen. Die Anzeichen von Mißstimmung bei dem Khehivie seien nicht so geartet, um die englische Regierung dahin zu bringen, ihre Politik in irgend einer Weise zu verändern.“

Parteiangelegenheiten.

Der Agitation, welche die Genossin Frau Klara Zetkin gegenwärtig unter den Frauen betreibt, wird von Seiten der sächsischen Behörden eine Menge Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Am 14. d. Mts. sollte Frau Zetkin in Reitzkau über das Thema: Warum fordern die Frauen die politische Gleichberechtigung? sprechen. Die Versammlung wurde verboten. Als Grund wurde angegeben, daß die angemeldete Referentin nach ihrem früheren Auftreten im Bezirk der Amtshauptmannschaft Plauen hinlänglich als eine Person bekannt sei, die in gehässiger Weise die Staats- und Gesellschaftsordnung angreift und verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufreize und zu Gesetzesübertretungen geneigt mache. Mit derselben Begründung wurde die Versammlung in Werdau verboten, während in Kappel das Local den polizeilichen Anforderungen nicht entsprach. In Delsnibitz i. B. dagegen durfte die Referentin ungehindert sprechen. Am 20. d. Mts. sprach Frau Zetkin in Leipzig. Sie kam mit ihrem Referat jedoch nicht zu Ende. Als sie es wagte, die Stützen der Gesellschaft anzutasten, bei den Worten: „die Herren Rechtsbesessenen, die studiosi juris“, entzog ihr der Uebervache das Wort. — Genossin Rohrlach, die in der Discussion zuerst sprach, erfuhr dasselbe Schicksal. Nach vollständigen ruhigen und sachlichen Ausführungen zur Frauenbewegung äußerte sie, daß die Frauen directe Forderungen stellen müßten, und zog sich dadurch die Wortenzügelung zu. Genossin Schoenlant (dem also der Maulkorb wieder abgenommen zu sein scheint) legte die wirtschaftlichen Grundlagen der Frauenbewegung dar, erläuterte die gesellschaftliche Krankheit der Prostitution, kritisierte die bürgerlichen und ethischen Frauenrechtsbestrebungen. Das Schlusswort hatte Genossin Lange, der in zündenden Worten der Begeisterung auf die Tragweite der Arbeiterinnenbewegung hinwies und Männer und Frauen zu ihrer Unterstützung aufforderte. — Nachfolgende Resolution war vorsichtshalber sofort nach der Rede der Referentin angenommen worden:

Die Versammlung erklärt: In Erwägung, daß es keinen sichtbaren Grund giebt, der ein mündig gewordenes menschliches Wesen von Bürgerrechten und Freiheiten ausschließt, wie das dem weiblichen Geschlecht geschieht; in Erwägung, daß die Frauen nicht gewillt sind, diesen Zustand der Entrechtung, in welchen sie im Laufe der Zeiten versetzt wurden, ferner zu ertragen;

in weiterer Erwägung, daß namentlich die täglich sich immer mehr zuspitzende Gegenätze innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft auch die sehr große Mehrheit der Frauen in immer schlimmere sociale und wirtschaftliche Verhältnisse versetzt und eine Hebung und Verbesserung dieser Verhältnisse ein Gebot dringendster Nothwendigkeit ist, aber ohne den Besitz politischer Rechte und Freiheiten nicht herbeigeführt werden kann,

fordern die Frauen nachdrücklich die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie die Männer und besonders die Gewährung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts.

Im Auftrage der Agitations-Commission der Tabakarbeiter Deutschlands macht Genossin Löwenherz eben eine Agitationstour durch Hessen, Baden und Württemberg, um Protestversammlungen gegen die drohende Tabakfabriksteuer abzuhalten, und besonders die Tabakarbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen. Bisher fanden in der Umgegend von Siegen sechs Versammlungen statt: in Prosdorf, in Diefel, Daubingen, Heuchelheim, Alten-Buses und Steinbeeg. Den Versammlungen wurde allerorten das größte Interesse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, aber auch seitens der übrigen Dorfbewohnerschaft entgegengebracht; die Säle waren überfüllt, an manchen Orten konnten nicht alle gekommenen Einläß finden. Besonders zahlreich hatten sich die Frauen und Mädchen eingefunden und es waren so gut wie ausnahmslos solche, die überhaupt zum ersten Male einer Versammlung beiwohnten. Alle waren auch bis dahin nicht organisiert. Es wurden im ganzen in jener Gegend 4 neue Zirkel gegründet und zweihundert Arbeiterinnen traten dem Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter bei. Protestresolutionen gegen die Tabaksteuervorlage wurden in allen Versammlungen einstimmig angenommen. Auch die übrigen Versammlungen der Genossin Löwenherz in Gattstadt, Pfungstadt, Edingen und Speyer waren trotz mangelhafter Bekanntmachung gut besucht. Außerordentlich war das Interesse der Frauen und Mädchen an denselben. In Speyer, wo das prächtige bayrische Vereinsgebet eine Be-

theiligung der Frauen an öffentlichen Versammlungen nicht gestattet, war eine Mitgliederversammlung des Tabakarbeitervereins angeordnet. Gegen die Tabaksteuer haben ferner noch Protestversammlungen stattgefunden in Osnabrück, Quakenbrück und Bramsche. In diesen Versammlungen sprach Genosse Faure-Bremien. In Magdeburg sprach vor mehr denn 700 Personen der Genosse Geher-Weißig über das gleiche Thema.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Bergleute auf der Grube „Lüderich“ bei Unter-Gschbach ist nach viertägiger Dauer beendet. Die Zahl der Ausständigen betrug 350. Die Ursache des Streiks bildete das Verlangen des Directors, anstatt der bisherigen achtfünftägigen Schicht die 9½stündige einzuführen. Die „Rhein. Zig.“ theilt mit, daß die Löhne auf dieser Grube als ganz außerordentlich niedrig bekannt sind. Der Durchschnittslohn beträgt dreiundzwanzig Mark monatlich, nur die tüchtigeren Hauer bringen es auf 40 bis 45 Mark monatlich. Die Direction hatte einen Widerstand der Arbeiter jedenfalls nicht erwartet, ihr Schrecken äußerte sich in der bekannten Weise durch Ruje nach der Polizei. Hoffentlich haben die Bergleute aus dem Streik die Lehre gezogen, daß es für sie nothwendig ist, sich zu organisiren, um in Zukunft gegen derartige Angriffe des Unternehmertums gewappnet zu sein.

Die Zimmerer Deutschlands! Der Unterzeichnete warnt die Kameraden allerorts vor Zuzug nach hier, da circa 600—800 Zimmerer momentan noch arbeitslos sind, durch die Arbeiten der Ausstellung „Italien“ aber kaum die Hälfte wird berücksichtigt werden können und überhaupt die Noth hier sehr groß ist. Der Vorstand des Verbandes der Zimmerer, Localverband Hamburg, wir ersuchen alle Arbeiterblätter um Aufnahme dieser Noth.

Metallarbeiter, Achtung! Die Sperre über die Metallwaaren-Fabrik von Schönner in Nürnberg dauert fort.

Der Streik der Knopfabriker von zwei Knopfabriken in Schmölln dauert fort: es streiken zusammen 50 Mann.

Die Vereinigung der Maler und Lackierer Deutschlands hält zu Ostern einen Provinzialtag für die Provinz Brandenburg ab. — Die Einzelmitglieder im Königreich Sachsen halten am 31. März in Meerane eine Conferenz ab.

Gefährdet wurde 36 Arbeitern der Faconneien-Walzwerke zu Kalk (Rheinprovinz).

Gesiegt, ohne Kampf, haben die Pilsener Tischlergehilfen. Die Generalversammlung der Tischlergenossenschaft hat am 10. Februar die Forderung der Gehilfen, den zehnstündigen Arbeitstag, einstimmig acceptirt.

Achtung, Drahtzieher! In der Drahtfabrik von Leopold Telatko in Saaz (Böhmen) haben am letzten Freitag die Drahtzieher wegen Lohnherabsetzung die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Statistisches.

Das britische Central-Telegraphenamnt feierte am 18. Januar dieses Jahres das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Vor einem Vierteljahrhundert fand die Uebernahme der Privattelegraphen durch den Staat statt. Die von da gemachten Fortschritte sind ungeheuer. Noch im Jahre 1870 stand London in keiner telegraphischen Verbindung mit Städten wie Bradford, Wolverhampton, Dundee, Gimerick, Greter, Fabernez, Scarborough und West Hartlepool. In den Seebadeorten Ramsgate, Folkestone, Eastbourne, Hastings und Bournemouth gab es keine Telegraphenstation. Im Jahre 1870 betrug die Zahl der Stationen im Lande 3000, jetzt 10,000. Die alten Privatgesellschaften brachten es bis zu 7,000,000 Depeschen jährlich. Der Staat befördert jetzt mehr als 70,000,000. Im Central-Telegraphenamnt in London sind gegenwärtig 3121 Personen beschäftigt. Davon sind 1000 Damen. Die größte Anzahl Worte hat das englische Telegraphenamnt am 9. April 1888 befördert, als Gladstone seine Homerise-Bill im Parlament einbrachte, nämlich 1,050,500 Worte. Bei der zweiten Lesung der Bill waren es 863,700 Worte.

Butter- und Milchproben. Gemäß Veröffentlichung der in Bremen erscheinenden „Milchzeitung“ vom 2. Februar hat die Hamburger Polizei eine statistische Aufstellung sieben veröffentlicht. Darnach wurden von Butter 964 Proben von Amtswegen entnommen und 132 Proben angeliefert, zusammen 1096. Hiervon waren 922 nicht zu beanstanden, 143 gefälscht, 9 nachgemacht und 17 verdorben resp. gesundheitsschädlich. Von den gefälschten Proben waren 33 durch fremde Fette und 5 durch Wasserzusatz und fremde Fette (zusammen 38): also ca. 34, Proc. und 110 durch Wasserzusatz, also ca. 10 Procent verfälscht. Die Margarine-Beimischung spielt also eine sehr geringe Rolle. Von Milch wurden 3193 Proben entnommen und 33 freiwillig eingeliefert, zusammen 3226 Proben. Von diesen waren 2628 rein, resp. nicht zu beanstanden, 627 dagegen verfälscht, 21 verdorben bezw. gesundheitsschädlich, also ca. 20 Procent verfälscht.

Bevölkerungsstatistik Englands. Die amtliche Statistik über die Geburten, Sterbefälle und Heirathen in England im Jahr 1893 ist erschienen. Als Einwohnerzahl wird 29,731,000 angenommen; 14.435,925 Männliche und 15,295,175 Weibliche. Heirathen wurden im Jahre 1893 218,689 abgeschlossen, d. h. es heiratheten 14,7 Personen auf je 1000. Die Zahl der geschlossenen Ehen hat sich etwas vermindert gegen das Vorjahr, dagegen ist die Zahl der Geburten etwas gestiegen. Es wurden 914,542 Kinder geboren. Es starben in England in dem Jahre 369,958 Personen, davon ungefähr 15,000 an der Influenza.

Englische und amerikanische Einkommen. Nach der letzten Volkszählung giebt es in Großbritannien gegen 250,000 Personen, die ein jährliches Einkommen von 1000,000 (Salari, Bezüge aller Art) von 5000 Franken, und 2,000,000 Personen, die ein Einkommen von 2500 Franken haben. Demgemäß giebt es nur einen Engländer auf fünf der seine Familie ernähren kann. Ma. darf dabei nicht vergessen,

Aus der Schweiz wird gemeldet: Der kürzlich in Zürich stattgefundene Congreß der italienischen socialistischen Arbeitervereine in der Schweiz mar von 21 Delegirten aus Basel, Zürich, Winterthur und Lugano besucht; die Berner sandten Entschuldigung für ihre Nichtvertretung. Das Ergebnis der zweitägigen Verhandlungen ist der Beschluß, daß die italienischen Arbeitervereine den localen Arbeiterunions sich anschließen und namentlich mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund in Verbindung treten sollten. Zur regeren Agitation unter den italienischen Arbeitern hält man ein tägliches Blatt für nothwendig, zunächst soll nun aber einmal mit dem in Como erscheinenden „I Laboratore“ in Verbindung getreten werden. In den Landesauschüssen wählte der Congreß 5 Mitglieder, weitere 4 Mitglieder wählen die Sectionen. Als nächster Versammlungsort wurde Bern bestimmt. Dem Congreß mochten auch im Auftrage des Bundesanwalts zwei Polizisten zur Ueberschattung bei. Genosse Greulich brachte diese in der Schweiz ungewohnte Polizeischmüßerei bereits am Montag im zürcherischen Cantonsrathe zur Sprache, worauf Regierungsrath Nägeli erklärte, daß die Bundesanwaltschaft die Ueberschattung angeordnet und die Congreßleiter sich übrigens damit einverstanden erklärt hätten. Für Schweizer liege kein Grund zur Beschwerde vor. — Die „Bernser Tagwacht“ schreibt über den Bundesanwalt: „... Hui Teufel! daß sich ein ehrlicher Schweizerbürger finden konnte, ein solches Amt anzunehmen. Daß ihn die 10,000 Fr., die er jährlich aus unserm Säckel nimmt, nicht auf die Seele brennen, wie den Judas die 30 Silberlinge. Freilich, so lange das Volk in seiner Gesamtheit das Gewerbe der politischen Polizei nicht als ehrlos verabscheut, können die Schmüßler und Spizel beruhigt ihrer Hantrung nachgehen. Uns aber soll es Pflicht, Ehre und Genugthuung sein, gegen solche Einrichtungen zu „Haß und Verachtung aufzureizen.“ — Die national-räthliche Commission für das Zündholzmonopol hat entgegen ihrem früheren ablehnenden Beschlusse dasselbe nun in Uebereinstimmung mit dem Ständerath angenommen. Der katholische Socialpolitiker Dr. Decurtins, der voriges Jahr gegen das Monopol stimmte, tritt nun für dasselbe ein. — Das Centralcomitee des schweizerischen Bauernbundes hat am Sonntag Beschlüsse, für die Verstaatlichung der Eisenbahnen einzutreten und die Einführung des staatl. Getreidemonopols zu fordern.

Die norwegische Ministerkrise rückt der Halsstarrigkeit des Königs wegen um einen Schritt weiter. Die Verhandlungen des Königs mit dem Führer der Opposition waren ergebnislos, weil seitens der Krone bloß die Interessen Schwedens gewahrt werden und den Forderungen der Norweger betreffs der diplomatischen Vertretung im Auslande nicht im Mindesten entgegengekommen wird.

Die ägyptische Frage steht, wie schon gemeldet, wieder im Vordergrund. England, das Aegypten den Schlüssel für Indien, mit eiserner Faust festhalten sieht, sieht sich in seiner Stellung durch russisch-französischen Einfluß bedrängt. Der Khehivie (Vic König) von Aegypten, der Form nach Lehensmann des Großherrn in Konstantinopel, thatsächlich der Vasall Englands, sucht

Parlamentarisches.

Die Reichstagscommission für die „Umsturzvorlage“ trat Freitag zunächst in die Berathung des neu beantragten § 129a ein, welcher wie folgt lautet:

„Haben Mehrere in der Absicht, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, die Ausführung eines Verbrechens verabredet oder sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im Einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.“

Das Centrum beantragt, für den § 129a der Vorlage folgende zwei Paragraphen zu setzen:

§ 49b: Haben Mehrere die Ausführung eines Verbrechens verabredet, ohne daß der verbrecherische Entschluß durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung des Verbrechens enthalten, bethätigt worden ist, so werden sie, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten, wenn das Verbrechen mit einer geringen Strafe bedroht ist, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Verlust von Polizeiaufsicht erkannt werden. Der Thäter bleibt straflos, wenn er zu einer Zeit, zu welcher seine Theilnahme noch nicht entdect war, entweder die Ausführung verhindert oder dessen Verhütung durch Anzeige bei der Behörde ermöglicht.“

§ 129a: Haben Mehrere sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im Einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der verbrecherische Entschluß Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft. Der Thäter bleibt straflos, wenn er von der Verbindung zu einer Zeit freiwillig zurücktritt, zu welcher seine Theilnahme an derselben noch nicht entdect war.“

Abg. Spahn begründet den Antrag des Centrum. Der Antrag halte sich durchaus im Rahmen der Absichten der Regierung.

Abg. v. Buchka (cons.) bedauert, daß das Centrum auch bei diesem Paragraphen wieder die Absichten der Regierungsvorlage durchkreuze und bemüht sei, ein negatives Resultat herbeizuführen; er habe in Folge dessen den Muth verloren, zu § 129a Anträge zu stellen.

Staatssecretär Nieberding spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Centrum sich der Erkenntniß des Ernstes der Situation verschließe. Der Antrag bezwecke eine grundsätzliche Neuordnung, nämlich die Wiedereinführung des Bandenbegriffes in die Strafgesetzgebung. Wie die Regierung sich bei Annahme des Antrages verhalten würde, sei dem Abend bekannt geworden sei, darüber könne zur Zeit noch nicht aufgemerkt werden. Jedenfalls erkenne die Regierung die vorgeschlagene Aenderung für zweckentsprechend nicht an.

Abg. Bedel (Soc.): Paragraph 129a bildet die Krone der Vorlage; von § 111 ab werde der Begriff des Verbrechens immer weniger deutlich und faßbar, die Strafe hingegen immer härter; es sei unbegreiflich, wie die Regierung am Ende des 19. Jahrhunderts einer Volksvertretung Derartiges zumuthen könne; auf Grund des § 129a könne jeden Augenblick die gesammte socialdemokratische Partei gefaßt und ihre Mitglieder bestraft werden, indem man ihnen einfach die Absicht des gewaltsamen Umsturzes unterstelle; der Antrag des Centrum sei hauptsächlich deswegen unannehmbar, weil derselbe das verruchte Kronzeugensystem wieder einführe. Agents provocateurs würden sich dieses System zu Nutzen machen, um dumme unwissende Menschen zu Verbrechen anzujustizen und dann durch Denunciationen als Ordnungstretter sich zu geriren.

Staatssecretär Nieberding befreit, daß der Paragraph einseitige und willkürliche Anwendung auf die Socialisten finden könne.

Abg. Auer (Soc) tritt dem entgegen: selbst aus den Erklärungen der Regierungsvertreter in der Commission gehe hervor, daß man den Socialdemokraten die Absicht des gewaltsamen Umsturzes einfach unterstelle. Ebenso geschehe dies seit Jahren seitens der Justiz. Er erinnert an den Chemnitzer Geheimbundproceß, wo man den unhaltbaren Begriff der conclusanten Handlungen konstruirt und erklärt habe, es bedürfe gar keiner bestimmten Form der Mitgliedschaft; die unerlaubte Verbindung werde schon hergestellt, wenn man nur Abonnent einer gewissen Zeitung sei. Unter solchen Umständen habe man doch alle Ursache, gegenüber dem Regierungsvorschlage äußerst misstrauisch zu sein. Redner schildert dann eingehender das Wirken verschiedener Polizeigagenten, welche in dem bekannten Hochverrathproceße als Zeugen aufgetreten sind.

Abg. Spahn (Centr.) hält die Befürchtungen des Vorredners für unbegründet.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) beantragt, § 129a der Vorlage derart zu fassen, daß statt der Worte „mit Zuchthaus“ zu setzen sei: „mit Gefängniß von mindestens einem Jahre, oder Zuchthaus bis zu fünf Jahren.“

Abg. Dr. Böttcher (natl.) und v. Buchka erklären, sie würden eventuell für den Centrumsantrag stimmen, damit wenigstens eine Unterlage für die zweite Lesung erhalten bleibe.

Die Abstimmung ergibt zunächst die Annahme des Antrages Enneccerus mit 14 gegen 13 Stimmen; sodann wurde der so abgeänderte Paragraph mit 12 gegen 15 Stimmen abgelehnt und hierauf der Antrag des Centrum mit 17 gegen 10 Stimmen (2 Nationalliberale, Antisemiten, Freisinnige und Socialdemokraten) in gleicher Abstimmung angenommen.

Die Debatte über § 130 der Vorlage (Angriffe gegen Religion, Monarchie und Ehe in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise) wurde ausgesetzt, weil ver-

schiebene Abänderungsanträge zu demselben vorbereitet werden.

Die Debatte wendet sich hierauf zu § 131, welcher nach der Vorlage folgende Fassung erhalten soll:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft.“

Abg. Rath v. Seckendorff: Das Bedürfniß für die vorgeschlagene Aenderung des § 131 mache sich schon seit Jahren fühlbar; der jetzt geforderte Beweis der Wissentlichkeit erschwere es, bestimmte Fälle zu fassen, bei denen die Absicht der Entstellung und Erdichtung offenbar vorliege. Früher von der Regierung in dieser Richtung gemachte Vorschläge seien noch viel weiter gegangen.

Abg. v. Buchka ist gegen die vorgeschlagene Verschärfung des bestehenden Gesetzes, mit welchem wohl auszukommen sei; indessen dürfe man der Regierung doch ihre Forderung nicht abschlagen.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.) legt dar, zu welcher ungeheuerlichen Konsequenzen die vorgeschlagene Bestimmung führen müßte; dieselbe sei entschieden zurückzuweisen.

Abg. Freyh. v. Hammerstein (bc.) ist gleichfalls gegen die Regierungsvorlage, es sei kein Bedürfniß nach einer Aenderung des bestehenden Gesetzes anzuerkennen. Man müsse besorgen, daß die projectirte Bestimmung seitens der Gerichte nicht innerhalb der richtigen Grenzen werde angewendet werden. Das Reichsgericht habe bewiesen, daß es keine Ahnung von den Zeitungsverhältnissen habe. Er sei erschrocken gewesen über den Versuch, auch die Correctoren und Setzer verantwortlich zu machen.

Abg. Osann (natl.): Darüber herrsche wohl Einverständnis, daß der Paragraph unter allen Umständen abzulehnen sei.

Bei der Abstimmung wird der § 131 mit allen gegen die Stimmen der conservativen Abgg. Graf v. Roos und v. Buchka abgelehnt.

Hierauf bringt das Centrum den Antrag ein, im Strafgesetzbuch den (im Culturkampf eingefügten) § 130a, welcher Geistliche, die in Ausübung ihres Berufs staatl. Angelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtern, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bedroht, zu streichen.

Die Commission vertagte sich darauf bis Mittwoch, den 27. d. M.

„Die Noth des vierten Standes“.

(Schluß.)

Die Arbeiter erstreben, wie der Verfasser weiter ausführt, nichts mehr als ein menschenwürdiges Dasein. Sie wollen im Stande sein, die Kinder nicht mehr für den Unterhalt der Familie ausbeuten zu müssen; die Frauen und Mädchen sollen sich mehr den häuslichen Pflichten widmen können und nicht mehr ihr Dasein in den Fabriken als „lebende Maschinentheile“ zubringen. Kurz, die Proletarier fordern, daß die herrschenden Klassen dem vierten Stand näher treten, seine Lebensverhältnisse eingehend studiren und gerechte Abhilfe schaffen mögen. In Wirklichkeit geht man diesen ernstlichen Fragen vielfach furchsam und kurzschichtig aus dem Wege; man weiß wohl, daß es Elend genug in den großen Städten giebt, aber macht sich nicht klar, wieviel Millionen es sind, die unter diesem Joch der Armuth und Krankheit seufzen; man scheut es, sich praktische Kenntnisse anzueignen, in den Quartieren der Arbeiter nachzuforschen und ihre Stuben und Keller zu betreten. Man beruhigt sich mit dem weisen Erfahrungssatz, daß es Armuth zu allen Zeiten gegeben und der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer bestanden hat. Dagegen wird laut über die zunehmende Rohheit und Verwilderung des Volkes geklagt und kaum bedacht, daß diese Mängel eben aus der trüben Lage des Proletariats zu erklären sind und nur durch Besserung dieser auch jene nachlassen werden. Durch private Wohlthätigkeit und Fürsorge wird ja manches Erfreuliche gethan und die innere Mission hat bedeutende Verdienste (?); aber gegenüber der gewaltigen Nothlage des vierten Standes bleiben alle diese Anstalten machtlos.

Allerdings steht einer Aenderung von Grund aus zumeist die Gewinnsucht der Industriellen entgegen. Röge man auch mit Ehren einige Ausnahmen unter den Großindustriellen nennen, aber sich nicht auf sie stützen, da sie doch nur Lichtpünktchen in der tiefen Dunkelheit sind. Und wie steht es im Staat? Wie sind im Eisenbahnbetriebe die Hilfsweichensteller, Hilfsbremser und Arbeiter gestellt, sowie die niederen Beamten im Postwesen, in den Pulverlaboratorien, den Arsenalen und auf den Werften?

Lange Zeit lebte das Proletariat in dumpfer Resignation dahin und hatte keine Hoffnung auf einen Wandel der Dinge. Da traten jene Männer auf, denen das Wohl und Wehe der bedrückten Klassen am Herzen lag, die nachdrücklich für sie eintraten und jene

Organisation der gesammten Massen begründeten, durch die sie heute zu einer so gewaltigen und gefürchteten Großmacht geworden ist. Der Sehnsucht des Volkes nach höherer Bildung kam die Popularisirung der Wissenschaften entgegen, und festliche Veranstaltungen in Stadt und Land vereinigten die Proletarier zu großen Familien.

Mit dem stetigen Anwachsen der Socialdemokratie hält die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstage gleichen Schritt. Eine der wichtigsten Forderungen der Partei ist der Achtstundentag. Unser Verfasser citirt eine Rede des schweizerischen Socialisten Seidel über diese Materie. Schon Helvetius und Hufeland haben, der eine aus nationalökonomischen, der andere aus hygienischen Gründen, empfohlen, nicht mehr als acht Stunden am Tage zu arbeiten. Durch die Einrichtung des Normalarbeitstages wird die Production geregelt, der Ueberproduction entgegengetreten. Es können mehr Arbeiter beschäftigt werden, und diese mehr und besseres leisten. Das Familienleben des Proletariats, das mehr und mehr verloren zu gehen droht, wird sich wieder festigen. Die schädlichen Einwirkungen des Berufes werden vermindert, und die Arbeiter finden Muße, durch Turnen, Bewegung im Freien, Baden u. s. w. für ihre Gesundheit zu sorgen.

Ein anderer wichtiger Punkt des Programms ist die Frauenfrage. Die Rechnerinnenbewegung in Berlin wurde von den gebildeten Kreisen mit Hohn aufgenommen, da man für das Leiden dieser so vielen Gefahren und Krankheiten ausgefetzten Wesen kein Verständnis hatte.

So lange es immer schwieriger wird, Ehen zu schließen, wird auch die Prostitution zunehmen. Das Weib, welches einen Beruf wählen will, hat keine große Wahl, es sind fast immer nur blenende Stellen, nach denen sie streben darf. In Amerika giebt es in allen Berufsarten weibliche Kräfte, in einigen Gemeinden theiligen die Frauen sich an der Verwaltung und man ist mit ihrer Thätigkeit wohl zufrieden. Die Frau muß in der Fabrik arbeiten, weil der Lohn des Mannes für den Unterhalt der Familie nicht ausreicht, ihre Arbeit wird aber von den Herren ohne Grund als minderwerthig bezeichnet, wird also geringer bezahlt und stellt dann wiederum eine drückende Concurrrenz für den Mann dar. Nach einer für den Reichstag vorgenommenen Feststellung aus dem Jahre 1885 erhielten Berliner Fabriknäherinnen 15 bis 20 Mark für den Monat, und die weiblichen Arbeiter einer Strohhutfabrik 2 bis 3 Mark für die Woche!

Wie schwer wird erst der Beruf, wenn die Mutterpflichten an das Weib herantreten; zwar gewährt das neue Fabrikgesetz der Wöchnerin vier Wochen Zeit, sich ihrer Erholung und dem Kinde zu widmen, dann aber geht es wieder an die Maschine, und kummervoll sehnt sich die Mutter nach ihrem Kleinen. „Die Kinderherblichkeit beträgt denn auch bei den Reichen acht, bei den Mittelklassen siebzehn und bei den Arbeitern dreißig Procent!“

So viel von den vortrefflichen Schilderungen der gegenwärtigen socialen Verhältnisse. Der Verfasser macht dann unsere höhere Schulbildung dafür verantwortlich, daß ein großer Theil unserer Nation sich den Aufgaben der Zeit gegenüber kalt verhält. Abgesehen davon, daß nicht einmal das Ziel erreicht wird, in den Geist der classischen Sprachen wirklich einzubringen und eine wahre hellenische Bildung statt eingepaukter Regeln mit hinaus zu nehmen, stehen die jungen Studenten, die von der Schule kommen, fremd im Leben, wissen nichts vom politischen und socialen Treiben, wissen nichts vom Industriewesen, von der Geographie und vom Handel. Haben sie sich dann später eine gelehrte Bildung angeeignet, wollen sie wirklich sich ferner den Forderungen des Lebens nicht mehr verschließen und mit eigener Hand an ihrer Erfüllung mitarbeiten, so ziehen sie sich selbst den Boden unter den Füßen weg; sie schreiben starke wissenschaftliche Werke, die nur den Fachgenossen zu Gesicht kommen, während sie das einzige Mittel, das ihnen die Möglichkeit giebt, weithin gehört zu werden: den Journalismus verschmähen; überdies würden sie bald genug als Vaterlandsverräter und Umstürzler gesteinigt werden.

Was dann vom Verfasser weiter zur Abhilfe dieser Zustände vorgeschlagen wird, geht nicht über den Rahmen unwesentlicher Palliative hinaus und soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Für uns kam es nur darauf an, hier einmal wieder von berufener, wenn auch nicht socialistischer Hand ein klares Bild vor Dingen, wie sie leider wirklich vorhanden, zeichnen zu lassen. Daß auch die besseren und besten Elemente aus bürgerlichem

Sager diese Dinge immer deutlicher sehen, wie sie in der That sind, soll unserm Streben, bessere, vernunftgemäße Zustände an Stelle der bestehenden, immer mehr zu werden zu sehen, nur neue Nahrung geben. Und so begrüßen wir das Werk des unbekanntem Menschenfreundes als ein verdienstliches, wohl geeignet, wenn auch ungewollt, die großen Culturideen des Socialismus mit zu fördern.

Locales.

Breslau, den 25. Februar 1895.

Die große Volks-Versammlung,

die am Sonntag, den 24. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurze Gasse, tagte, war überaus zahlreich besucht. Die Zahl der Zuhörer darf auf mindestens 2500 angegeben werden. Auch die Frauen waren zahlreich vertreten. Um 3 Uhr 45 Min. wurde der Saal polizeilich abgesperrt, so daß es vielen Hunderten nicht vergönnt war, an der Versammlung theilzunehmen. Nach erfolgter Bureauwahl — gewählt wurden in dasselbe die Genossen Hübenett, Siegmann und Seiler — ergriff der Referent, Reichstagsabgeordneter Liebknecht, das Wort zu seinem Vortrage: „Die Handwerkerfrage und die Situation im Reichstage“. Das Handwerk, sagt man, hat einen goldenen Boden, hierzu wolle man im Reichstage das Handwerk wieder bringen. Merkwürdig sei es dabei, daß gerade Derjenige die Hebung des Handwerkerstandes beantragt hat, der durch seinen Großbetrieb Tausende von Handwerkern zu Grunde gerichtet — der vielsache Millionär Freiherr von Seyl. Das Eintreten der Großindustriellen bezeuge aber, daß die Bestrebungen, dem Handwerk zu helfen, unehrlich und auch hoffnungslos seien. Bei dem Interessenkampfe, der in Deutschland geführt werde, brauche man die Stimmen der kleinen Handwerker und so sucht man sie durch alle möglichen Versprechungen zu ködern. Wie die Großindustriellen die Handwerker, so wollen die Agrarier, die Großgrundbesitzer den Bauer, den kleinen Landmann für ihre Zwecke gewinnen, dem Handwerker rede man vor, daß er zu Grunde gehen müsse durch den unläutern Wettbewerb, die Bazare, die Hausirer. Die Beschränkung oder Beseitigung dieser Uebelstände solle Abhilfe bringen. Was aber werde dadurch erreicht? Von dem Hausirerhandel näherten sich Hunderttausende, wenn er jetzt eingeschränkt werde, so würde das Proletariat immer mehr vermehrt werden, und die sociale Frage würde in noch schlimmerer Weise als jetzt auftauchen. Redner geht nun auf die Forderungen, die zur Hebung des Handwerkerstandes gestellt werden, ein. Es sollen Handwerkerkammern eingeführt werden. Hier entsteht die Schwierigkeit, wer eigentlich als Handwerker anzusehen sei, und da sage man, daß der als solcher gelten könne, der in einer Innung organisiert ist. Nun weiß man aber, daß bei uns nur ein Zehntel der Handwerker organisiert seien. Daraus gehe wohl die Unmöglichkeit hervor, die Organisation des gesamten Handwerkerstandes herbeizuführen. Eine weitere Forderung werde gestellt in dem Beschäftigungsnachweis. Es sollen die, die sich als Meister ni. verlassen wollen, einer Prüfung unterworfen werden. In Preußen, erklärt der Redner, habe man den Beschäftigungsnachweis früher schon eingeführt, und es habe sich herausgestellt, daß er mehr geschadet als genützt hat. Gegen den Innungszwang hätten die Regierungsvertreter sich selbst erklären müssen, da die Durchführung dieses Flares als unannehmbar erkannt werde. Im Jahre 1860 hätten in Preußen schon herartige Axtationen bestanden, ohne daß man den Handwerkerstand heben konnte. Durch die Innungen soll das Lehrlingswesen geregelt werden. Der Handwerker sei aber erst gar nicht im Stande, den Lehrling anzubilden. Was leisteten die Innungen für die Ausbildung der Lehrlinge? Man bietet ihnen nicht die Lehrlinge, wodurch sie sich fortbilden könnten, weil man sie zu sehr für die Arbeit braucht, ihnen deshalb keine Zeit freigibt für ihre weitere Fortbildung. Der Handwerkerstand sei ein Einuß, der zwischen dem Capitalismus und dem Arbeiterstand zerrieben wird, seine Rettung ist gerade unmöglich, könnte dem Handwerk von der Regierung geholfen werden, dann würde gewiß der Versuch gemacht worden sein, denn wenn es gelänge, das Handwerk zu heben, dann wäre der Socialismus hinweggeegelt. Die ganze Hilfe, die man ihm angedeihen lassen wollte, nehme sich aus, als ob sie für eine Herde Schafe ein Hilfscomitee von Weibern zusammenstellen würde. Wie der Redner durch passivische Redeweise sich stellt, nimmt der Handwerkerstand von Jahr zu Jahr ab, welche Abnahme sich nur durch die Ueberproduktion der Großindustrie erklären läßt, von der der Handwerker abdrückt werden. Nur der Handwerker kann sich empotrafen, der vielleicht eine gute

Geschäfts-Conjunctur durchmacht, oder eine Erbschaft erhält oder sonst zu Vermögen gelangt ist. Das sind aber nur blutwenige, die meisten stehen dem Arbeiter gleich, und es ist thöricht von ihnen, wenn sie sich als etwas Besseres dünken. Die Handwerker sollten erkennen, daß der Capitalismus auch der Feind der Handwerker ist. Nur vermöge des Capitals sei der Großindustrielle in der Lage, seine Producte billiger auf den Weltmarkt zu bringen, als der Handwerker. Das Capital herrsche überall, es räume alle Hindernisse hinweg und darum sind alle Anstrengungen des Handwerkerstandes sich empor zu raffen, umsonst, wenn er nicht mit der Socialdemokratie gleich Sache mache. Nur zwei Mächte gäbe es, den Socialismus und den Capitalismus. Man sagt, wenn der Großbetrieb durch das Gesetz beseitigt werde, muß der Handwerkerstand emporblühen. Das sei aber Thorheit, denn der Großbetrieb sei ein Bedürfnis; eine solche Forderung sei reactionär im höchsten Grade. Nur wenn man der Großindustrie die Arbeitsmittel entzieht, so daß dieselben Eigenthum der Gesellschaft werden, dann erst ist der Arbeiter- und Handwerkerstand erlöst aus dem Joche des Großcapitalismus. Die sociale Frage könne nur im Ganzen, aber nicht theilweise gelöst werden. Für alles dieselbe Mittel und dieselbe Ursache. Die Noth des Handwerkers, die Noth des Bauern und die Noth des Proletariats ist die gleiche, sie entspringt derselben Ursache: der Ausbeutung des mächtigen Capitalismus. Die Socialdemokratie sage nicht, das Handwerk muß zu Grunde gehen, sondern wir sagen, es wird zerstört und nur mit dem Siege der Socialdemokratie könne es wieder belebt werden. Man wisse, daß nur die Socialdemokratie der Wecker des Volkes sei und darum verucht man, sie mundtot zu machen. Im Reichstage, führt der Redner aus, hätte man zum Beweis dafür, daß das Handwerk verbesserungsfähig sei, auf das Kunstgewerbe in Paris hingewiesen, das dort in Blüthe stehen sollte. Redner schickt dazu die Verhältnisse der Kunstindustrie in Frankreich, um darzuthun, daß auch dort das Kunstgewerbe vom Capitalismus abhängig sei. Ferner entwickelte Redner seine Ansichten über die im preussischen Landtage geführten Debatten betreffend die Theater. Nicht die moderne Wissenschaft sei Schuld daran, wenn Kunst und Wissenschaft gesunken, sondern der moderne Capitalismus, der solche Auswüchse hervorbringe. — Zum Schluß seiner Ausführungen kam Referent nochmals auf das Handwerk zu sprechen, wobei er hervorhob, daß nur durch die Ueberführung der Produktionsmittel aus den Händen des Capitalismus in die der collectivistischen localistischen Gesellschaft, das gemeinliche Uebel gehoben werden könne. Der Vortrag fand den lebhaftesten Beifall.

Nach einer Pause sprach Genosse Liebknecht über die Tabaksteuer, die dem Volke von Neuem große Lasten auferlegen würde, und die sonstigen politischen Zustände. Man kämpfe bei uns über Panama; in Deutschland sei dieselbe Corruption zu finden. Die Regierung sei in eine Sackgasse gerathen, die Regierung sei nicht im Stande, das Volk zu befriedigen. Washington habe schon gesagt: Die Regierung habe die Pflicht, das Wohl aller Staatsbürger zu fördern. Die Regierung sage, sie könne nicht helfen, aber wehe dem, der da helfen wolle. Wer da kritisiert, dem muß der Knebel in den Mund gesteckt werden. Wer sind die, die das Geiß mit Füßen treten? Stumm, der sich als Befürworter der Religion und der Familie aufwirft, fordert in demselben Augenblick zum Duell auf. Man sehe, daß die Noth im Volke immer größer wird und weil die Nachhaher wissen, daß die Socialdemokratie das Volk anführt, so soll sie um jeden Preis vernichtet werden. Man hat uns als Hochverräther vor das Gericht gestellt, man hat uns durch das Socialistengesetz vernichtet wollen, aber trotz alledem ist die Socialdemokratie gewachsen, zur mächtigsten Partei geworden. Die Socialdemokratie wird auch das neue Ausnahmengesetz überwinden und die Folgen dieses Gesetzes können nur die sein, daß sie noch mehr erstarkt aus dem Kampfe hervorgeht. Es ist indessen nicht zu erwarten, daß die Umsturzvorlage im Reichstage durchgehen werde, eine Reichstagswahl sei daher nicht ausgeschlossen. Die Pflicht aller Genossen ist es daher, sich zusammenzuschließen, und vor allem die Presse zu beschäftigen. Wer sich zur socialdemokratischen Partei nicht hat, hat auch die socialdemokratische Presse zu unterstützen; je mehr Abonnenten ein Blatt hat, desto mehr Einfluß hat es und desto wirksamer kann es für die Interessen der Arbeiter eintreten. Die Presse sei das mächtigste Kampfmittel.

Unter stürmischen Beifall schloß Genosse Liebknecht seine mehr als zwei Stunden, überaus lehrreichen und sehr interessanten Ausführungen. Eine Discussion

fand nicht statt. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige von 2500 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich in der Erkenntniß, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit absoluter Nothwendigkeit zur Verwüstung des gesamten Handwerkerstandes durch die Großindustrie führt, mit den lehrreichen Ausführungen des Genossen Liebknecht einverstanden und verspricht, mit größtem Eifer, ungeachtet aller Umhertgesetze, für die Bestrebungen der Socialdemokratie zu wirken.“

Genosse Hübenett theilte darauf noch mit, daß am 10. März eine Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer stattfindet; mit einem dreifachen Hoch, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten wurde die imposante Versammlung geschlossen.

* * *

* Revisionsentscheidung der Invaliditäts- und Altersversicherung. Ueber die Berechtigung des Staatscommissars zur Einlegung der Revision wenn von ihm der Rentenbescheid nicht mittelst Berufung angefochten worden ist, hat das Reichsversicherungsamt in einem Revisionsurtheil vom 17. October 1894 Folgendes ausgesprochen. Wie in einer früheren Revisionsentscheidung die Versicherungsanstalt, die einen Rentenanspruch anerkannt hat, nicht für befugt erachtet worden ist, gegen ein auf Berufung des Staatscommissars erlassenes, ihren Bescheid bestätigendes schiedsgerichtliches Urtheil die Revision einzulegen, so steht auch dem Staatscommissar das Rechtsmittel der Revision nicht mehr zu, wenn er, wie im vorliegenden Falle, den die Renten anerkennenden Bescheid seinerseits nicht angefochten hat, die Sache vielmehr nur dadurch in die Berufungsinstanz gelangt ist, daß der Rentenberechtigte eine höhere Rente, als die ihm von der Versicherungsanstalt zugewilligte, beansprucht hat. Denn dadurch, daß der Staatscommissar den Bescheid der Versicherungsanstalt unangefochten gelassen hat, ist dieser Bescheid ihm gegenüber rechtskräftig geworden. Gegenstand des Streit es war von Einlegung der Berufung an nur noch der Mehrbetrag, den der Versicherte neben der bereits zugewilligten Rente beanspruchte. Zwar wäre also der Staatscommissar dann, wenn das Schiedsgericht die Rente erhöht hätte, in der Lage gewesen, die Abberückung dieses Mehrbetrages im Wege der Revision zu beantragen; wenn aber, wie hier, das Schiedsgericht die Berufung zurückgewiesen und er bei dem Bescheide der Versicherungsanstalt belassen hat, so kann der Staatscommissar den Ausspruch des Bescheides nicht mehr anfechten. Hierfür spricht auch die Erwägung, daß wenn der Rentenberechtigte selbst gegen den ursprünglichen Bescheid kein Rechtsmittel eingelegt hätte, es unzulässig wäre ein unanfechtbares Recht auf die nach dem rechtskräftigen Bescheide ihm zu zahlende Rente haben würde. Der Umstand nun, daß er mittelst Einlegung der Berufung eine höhere Rente zu erlangen gesucht hat, kann nicht dahin führen, ihm schließlich die Rente ganz zu versagen. Damit würde der Erfolg eintreten, daß der Versicherte in Folge der von ihm eingelegten Rechtsmittel eine Schmälerung seiner Rechte erfährt, was schon dem allgemeinen Proceßgrundsatz widerspricht, würde, wonach die Einlegung eines Rechtsmittels niemals zu einer für den Einlegenden ungünstigeren Gestaltung des Rechtsstreites führen kann. Auch der Umstand, daß die Streitigkeit als solche noch schwebend mithin die Form als Rechtskraft einer Entscheidung noch nicht eingetreten war, als der Staatscommissar die Revision einlegte, kann nicht für die Zulässigkeit des Rechtsmittels geltend gemacht werden. Wie das Reichsversicherungsamt wiederholt ausgesprochen hat, ist dem Rentenfeststellungs-Verfahren nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz im Gegensatz zu dem nach den Vorschriften der Civil-Proceßordnung sich regelnde Verfahren ein Anschlussrechtsmittel nicht zulässig. Der Staatscommissar wäre daher zweifellos nicht in der Lage gewesen, den ihm zugestellten Bescheid der Versicherungsanstalt nach Ablauf der für ihn geltenden Berufungsfrist noch nachträglich im Hinblick auf die rechtzeitig eingelegte Berufung des Klägers vor dem Schiedsgericht anzufechten. Um so weniger aber kann ihm das Recht zugestanden werden, die Revision einzulegen, nachdem er in der Berufungsinstanz ein Rechtsmittel überhaupt nicht geltend gemacht hat: ein derartiges nachträgliches Aufsehtungsrecht würde aber das Recht der Anschlussberufung nach hinausgehen.

* Erstattung von Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Nach § 30 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes steht weichen Personen, welche eine Ede eingehen, bevor in den Genuss einer Rente gelangt sind, ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu, wenn die letzteren für mindestens fünf Be-

Tragsjahre entrichtet worden sind. Dieser Anspruch muß binnen drei Monaten nach Verheirathung geltend gemacht werden; mit der Erstattung erlischt die durch das frühere Versicherungsverhältnis begründete Anwartschaft. Der § 31 des erwähnten Gesetzes bestimmt: Wenn eine männliche Person, für welche mindestens für fünf Beitragsjahre Beiträge entrichtet worden sind, verstorbt, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt ist, so steht der hinterlassenen Wittwe oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen ehelichen Kindern unter 15 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen entrichteten Beiträge zu.

Wenn eine weibliche Person, für welche mindestens für fünf Beitragsjahre Beiträge entrichtet worden sind, verstorbt, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt ist, so steht den hinterlassenen vaterlosen Kindern unter 15 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für die Verstorbene entrichteten Beiträge zu. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung, sofern die Hinterbliebenen aus Anlaß des Todes des Versicherten auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes eine Rente gewährt wird.

Da das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz am 1. Januar 1891 in Kraft getreten ist und das Beitragsjahr nur 47 Wochen umfaßt, so wird in der Mitte des laufenden Jahres der Zeitpunkt eintreten, von welchem ab die Rückerstattung der Beiträge zu erfolgen hat. Der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen (§§ 30 und 31) ist unter Berücksichtigung der zur Begründung desselben dienenden Beweismittel bei dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt, an welche zuletzt Beiträge entrichtet worden sind, geltend zu machen.

Stadt-Theater. Heute Montag geht Schillers Schauspiel „Die Räuber“ in Scene. Die nächste findet eine Wiederholung der Oper „Mignon“ statt. Im Laufe der nächsten Woche werden wieder einige Gastspiele stattfinden. Die Operette „Die Feldermaus“ von Johann Strauß wird, mit den ersten Opernkraften in den Hauptpartien, vorbereitet.

Brand eines Schuppen s. Am 23. d. Mts., Mittags 2 Uhr 15 Min., wurde die Feuerwehr nach dem Striegaurplatz 57 gerufen, wo im Hofe ein niedriger hölzerner Holzschuppen brannte der rasch gelöscht wurde. Nach einstudiver Thätigkeit konnte die Feuerwehr in die Hauptwache zurückkehren.

Unglücksfälle. Auf dem Damm der Umgehungsbahn stießen dieser Tage zwei Wagen zusammen, wobei der Arbeiter Karl Weiß sich einen doppelten Bruch des rechten Armes zuzog. Durch Ausgleiten erlitt der Arbeiter Karl Madoy einen doppelten Knöchelbruch. Der Knabe Paul Bruner aus Herdain erlitt durch Ueberfahren einen Bruch des rechten Unterschenkels. Die Verunglückten fanden im Hospital der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

Diebstähle. Einem am 21. d. Mts. auf der Straße von Krämpfen befahrenden Barbier wurden während seiner Bewußtlosigkeit eine silberne Cylinderuhr und ein Portemonnaie mit 1.75 Mark gestohlen. In der Nacht zum 21. d. M. wurden aus einem Schuppen der Rosenstraße ein Treibriemen und aus einem Schuppen am Tauerhienplatz nach Zertrümmerung der Scheibe eine Holzschubkiste entwendet. Ferner wurden gestohlen von einem Wagen auf der Friedrich-Wilhelmstraße eine Pferdebede, von einer Ladentür der Matthiasstraße ein grauer Knabenanzug und aus einem Stall der Kaiser Wilhelmstraße ein Zaumzeug.

Verhaftet wurde am 23. d. M. der lange gesuchte Agent Hugo Drapp, der in Gemeinschaft mit einigen jungen Leuten Betrügereien verübt hat. Dieselben entnahmen Fahrräder auf Abschlagszahlungen und fuhren mit diesen Rädern nach hiesigen Orten und Stätten, wo sie dieselben veräußerten. Ferner wurde ein italienischer Handelsmann wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit verhaftet.

Schlesien.

A. S. Siegmith. Fast jeder Tag bringt uns hier etwas neues, überraschendes. Am 15. d. Mts. sind, wie mitgeteilt die hiesigen Mitglieder der socialdemokratischen Agitationscommission von der Anklage wegen Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungsrecht, gemäß dem Antrage des Amtsanwalts, vom Schöffengericht freigesprochen worden. Die Sache schien damit erledigt. In der That ist dies aber nicht der Fall, denn der Amtsanwalt hat gegen das freisprechende Urtheil Berufung eingelegt. In der Strafkammer-Sitzung vom Freitag wurde u. A. gegen eine renitente Gastwirths. au aus Goldberg verhandelt, die Wirthin des „Schwedenkretscham“ daselbst. Auf behördliche Verfügung war der Frau Thamm geb. Weber, die Concession zum Betriebe der Schankwirthschaft entzogen worden und die Locale zweimal behördlicherseits verschlossen worden. In beiden Fällen hat Frau T. die Siegel und das Schloß entfernt. Für dieses Vergehen hatte das Schöffengericht in Goldberg auf 3 Monate Gefängniß erkannt. Hiergegen legte die Thamm Berufung ein und hatte sich die obige Strafkammer damit zu beschäftigen. Die Berufung wurde verworfen.

Görlitz, 23. Februar. Opfer der Arbeit. Auf dem hiesigen Bahnhof verunglückte am 21. d. M. Abends, der erst vor 3 Tagen von Cottbus hierher versetzte Rangierer Schander; ein Wagen erfaßte ihn und fuhr ihm über Oberschenkel und Unterleib. Der Bedauernswerte erhielt so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Minuten seinen Tod fand. Er hinterläßt Frau und Kind.

Sagan. Genossen und Genossinnen von Sagan und Umgegend! Es sei Euch hiermit nochmals zur Kenntniß gegeben, daß der Wirth des „Berliner Hofes“ sein Local zu

socialdemokratischen Versammlungen nicht hergiebt. Seid also standhaft wie bisher. Wir haben schon oft ohne Versammlungsort für unsere gerechte Sache agitiert, thun wir dies auch jetzt und meiden im übrigen die für uns gesperrte Gastwirthschaft. Seien wir einig, dann müssen wir liegen.

Die Vertrauensleute.

A. Schweidnitz, 23. Februar. Wegen Sittlichkeits-Verbrechen, begangen an einem 13jährigen Mädchen, wurde gestern der Hauptlehrer Weiskner aus Heibersdorf, Kreis Nimpsch, von der Strafkammer in Schweidnitz zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt, der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Weiskner ist verheirathet und Vater von 7 unerzogenen Kindern.

Gottesberg, 22. Februar. Eingemeindung. Bierzehn Häuser, die auf Nieder-Hermsdorfer Terrain stehen, aber für den Nichtortskundigen von Hinter-Fellhammer nicht zu unterscheiden sind und ungefähr 600 Einwohner haben, sollten mit Fellhammer vereinigt werden. Die Abfindungssumme, welche letztere Gemeinde beanspruchte, betrug gegen 120,000 Mark. Später wurden nur 60,000 Mark gefordert. Trotzdem haben sich die Verhandlungen zerklüftet. Nieder-Hermsdorf soll nicht abgeneigt sein, 30,000 Mk. zu zahlen.

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen. Achtung Zimmerer von Posen und Umgegend. Die Firma Regendank (ein bekanntes Baugeschäft größeren Stils) baut in Posen und den Vororten auf ihren eigenen Grundstücken und ihr Conto große Mietstafernen. Die Mietstafarne St. Lazarus, Feldschloß, ist soweit gebrochen, daß die Zimmerleute mit Fußbodenlegen beginnen sollten. Die dazu bestellten Zimmerer, 11 Mann, hatten bisher auf einem Neubau derselben Firma für den gewöhnlichen Lohn von 2,20 Mark gearbeitet. Dies scheint aber Herrn Baumeister Regendank noch zu viel gewesen zu sein; denn dieselben sollten den Fußboden im Accord legen. Nachdem die Zimmerer „Probe“ gearbeitet, bestimmte der Herr Baumeister den Accordsatz, und zwar so hoch, daß die Arbeiter kaum drei Viertel ihres bisherigen Tagelohnes verdienen. Nach Rücksprache mit dem Bauherrn ließ sich derselbe herbei, den Accordsatz etwas zu erhöhen, wobei er die Bemerkung machte, daß es jetzt Winter sei. Als sich bei abermaliger angestrengtester Arbeit herausstellte, daß die Arbeiter immer noch nicht auf ihr bisheriges Tagelohn (2,20 Mark bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit) kamen, gingen sie zusammen in das Comptoir des Bauherrn und baten um Zulage. „Ich kann nicht mehr zulegen, ich lasse nur von Euch nicht das Fell über die Ohren ziehen“, herrschte der Bauherr die Arbeiter an. Die Arbeiter entgegneten nun, daß sie durchaus nicht die Absicht hätten, dem Herrn Baumeister „das Fell über die Ohren zu ziehen“, und bitten nur, sie im Tagelohn arbeiten zu lassen. Der Bauherr erklärte sich damit einverstanden, sagte aber, daß er dann mehrere von den Zimmerern entlassen müßte, da dieselben im Tagelohn nicht genug leisteten. Sämtliche 11 Zimmerer erklärten nun, daß dies eine Maßregelung der betreffenden Arbeiter sei und daß sie unter diesen Umständen die Arbeit niederlegten. Dies geschah Donnerstag, den 14. d. Mts. Leider haben 2 Zimmerer am nächsten Tage wieder angefangen, dieselben sind jedoch Familienverhältnisse halber einigermassen entschuldig, da eine Organisation der Zimmerer, welche den gemäßigten Arbeitern als Stützpunkt dienen könnte, hier in Posen nicht besteht. Ihr Arbeiter im Allgemeinen und Zimmerer von Posen und Umgegend in Besonderen, hiermit ist Euch wieder einmal die Nothwendigkeit einer Organisation klar bewiesen. Ist es nicht der blutige Hohn, wenn ein Unternehmer, der jährlich Tausende von Mark Mehrerwerb an seinen Arbeitern verdienst, diesen ins Gesicht sagt: „Ich lasse mir von Euch nicht das Fell über die Ohren ziehen“, weil die Arbeiter verlangen, bei angestrengtester Accordarbeit wenigstens ihr bisheriges Tagelohn von 2,20 Mark pro Tag zu verdienen? Und dann der Hinweis dieses Mannes auf den Winter. Der gute Herr will doch damit nicht etwa sagen, daß der Arbeiter schon zufrieden sein muß, wenn er im Winter überhaupt arbeiten kann. Soll der Verdienst im Winter etwa Nebenjahe sein? Darum, Ihr Arbeiter von Posen, wenn Ihr ferner nicht mehr machtlos den Unternehmern gegenübersehen wollt, so rafft Euch endlich auf und gründet Organisationen, in welchen Ihr Euch gegen die Uebergriffe des Capitals mit Erfolg wehren könnt.

Wegen entdeckter Behandlung seiner Mutter

ist der Besizer Paul a u s D o m n i n (Kreis Graubenz) in Untersuchungshaft genommen worden. Er hat, wie der „Ges.“ berichtet, aus Aberglauben seine Mutter, die jetzt verwitwete Frau Blech in Dornin längere Zeit in einer Stube förmlich im Gefängniß gehalten. Von den Fenstern des Zimmers war ein Brettern vernagelt und nur zu Festtagen und erst auf Bitten der Frau B. wurde eine Reinigung des Aufenthaltsortes vorgenommen. Nicht ist der Frau B. Niemand aus der Umgebung der Frau B. diese zu Gesicht bekommen; die Enkel und andere Verwandte, welche sie sehen wollten, wurden nicht zu ihr gelassen. Ihre Schwiegertochter, Frau I., nannte die 84jährige Greisin nicht anders als „Pere“. Dem L. waren einige Stüd Vieh gefallen, und nun wurde die alte Frau beschuldigt, das Vieh mit ihrem Blut behert zu haben. Dieses behauptete die Schwiegertochter, und auf deren Veranlassung soll nicht nur das Fenster vernagelt, sondern auch an jeder Seite des frei gelassenen Fensters und zwar nach der Diebstreit zu, ein über zwei Meter, nach dem Schweinegarten zu ein anderthalb Meter hoher dichter Bretterzaun errichtet worden sein, um das Vieh dem Blick der „Pere“ zu entziehen. Auch als einmal das Buttern mislang, begünstigte man die alte Frau der Hererei und schickte einen etwas erwachsenen Enkel (einen Sohn des L.) zu der Grauhutter, welche ihm zwei Kühe über Kreuz geben und dadurch den Fexenbann lösen sollte!!! Die behauerwürdige Frau ist durch die grauenhafte Behandlung bei der huzureitenden Altersschwäche körperlich entsehrlich heruntergekommen, und auch ihr Geistes- und Seelenzustand hat schon schwer gelitten. Nachdem dieser Vorfall endlich zur Anzeige gelangt ist, ist Frau B., die noch ein Vermögen von mehr als 15,000 Mark besitzt, auf Veranlassung des Kreis-

vorstehers zu einem Verwandten nach Tusch gebracht worden. Ueber ihr Vermögen soll sie früher schon zu Gunsten ihres Sohnes L. verfügt, in letzter Zeit aber beabsichtigt haben, diese Verfügung zu ändern.

Vermischtes.

Zwei Feuerkünstler — so schreibt „La Nature“ — zeigen sich gegenwärtig in Paris, die alles auf diesem Gebiete bisher Dagewesene weit hinter sich lassen. Sie verschlingen nicht nur Flammen; sie lassen auch welche aus ihren Fingern hervorsprühen. Es sind zwei junge Amerikaner, die bei der Vorführung ihrer Experimente zur Erhöhung der Wirkung mit Costüm angethan sind, wie es die Teufel in den Schauspielen zu tragen pflegen. Sie erscheinen auf der Bühne, die, so lange sie auf ihr verweilen, in einem geheimnißvollen Halbdunkel verbleibt. Im Hintergrunde der Bühne stellt sich den Blicken der Zuschauer die Hinteransicht einer Art von Arbeitspult dar, an dem sich jedoch nichts Genaueres unterscheiden läßt. Die Teufel treten hinter dieses Pult, wo sie wahrscheinlich besondere Vorbereitungen mit ihren Händen vornehmen; sie erscheinen dann wieder auf der Bühne und ihren Fingern entsprühen hell leuchtende Flammen. Sie nähern diese dem Munde; sie scheinen sie zu verschlingen, und die Flammen verlöschen zwischen den Zähnen. Wenn die Teufel sich die Hände reichen, vernimmt man ein Knistern und lange Flammen sprühen einige Sekunden lang aus ihren Fingerspitzen, die sie fortwährend hin und her bewegen. Bei einem anderen Experiment atmen sie kräftig, ohne etwas in den Mund zu legen, und eine helle Flamme schlägt aus ihrem Munde hervor, was über eine halbe Minute lang dauert. Während diese Experimente vor sich gehen, vermag der Zuschauer auch nicht den geringsten Geruch wahrzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß es sich um die Verbrennung sehr flüchtiger Stoffen handelt, über deren Natur sich jedoch nichts sagen läßt, da die Teufel ihr Geheimniß bewahren und, wenn sie gefragt werden, stumm bleiben. Wir fügen noch hinzu, daß die menschliche Haut durch wiederholtes Einreiben mit schwefeliger Säure und einer Alaunlösung gegen Feuer sowie gegen glühendes Eisen unempfindlich gemacht werden kann; andererseits aber ist bekannt, daß sehr flüchtige Flüssigkeiten, wie Aether, auf einem Gegenstande brennen können, ohne den letzteren zu beschädigen. Hier bietet sich dem Chemiker ein interessantes Studienfeld.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. Februar. Das „B. L.“ will wissen, daß trotz der Erklärung des Abg. Schädlers im Reichstage das Gros des Centrums die Tabakfabriksteuer ablehne. Die Gefolgschaft Schädlers wird auf etwa zwei Duzend geschätzt. Auch die Polen, die bei der ersten Lesung überhaupt nicht gesprochen haben, lehnen die Vorlage rundweg ab. Sie werden das bei der zweiten Lesung in einer kurzen Erklärung verkünden lassen. Da außerdem alle kleinen Gruppen der Vorlage ablehnend gegenüberstehen und sogar aus den Nationalliberalen und Conservativen mehrere Abgeordnete als unbedingte Gegner derselben bezeichnet werden, so könne man heute bereits mit Sicherheit sagen, daß aus der Tabaksteuerborlage nichts wird. — Genau dasselbe wird dem „Berliner Tageblatt“ als das Resultat der Beratungen über die Umsturzvorlage bezeichnet. Im Centrum sei für diese Vorlage thatsächlich viel weniger Meinung vorhanden, als es nach dem Verlauf der Commissionsberatung scheinen könne. Die Haltung des Centrums werde von sachpolitischen Rücksichten beeinflusst. Die Versuche des Abgeordneten Hintelen, die Vorlage zu verbessern, wurden von seinen eigenen Parteifreunden nicht ernst genommen und sein neuester Vorstoß, Gotteskuegner u. J. w. unter Strafe zu stellen, werde nur als ein taktischer Zug tolerirt. Auch der Abgeordnete Spahn sei nach wie vor ein Gegner der ganzen Vorlage und er habe die Mehrzahl der Partei auf seiner Seite. Wie viel die Auszeichnung des Grafen Hoensohrsch auf dem jüngsten Postball hierbei mitwirkte, müsse ununtersucht bleiben. — Nur abwarten. Vorläufig deutet das Verhalten des Centrums auch in der Budget-Commission ganz darauf hin, daß man der Regierung Alles bewilligt, was sie fordert. Dort ist in der letzten Sitzung die erste Baurate für alle vier Kreuzer bewilligt und zwar nur durch die Hülfe des Centrums.

Wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, wird dem Staatrath seitens der preussischen Regierung kein neues Zudersteuergesetz vorgelegt werden, wohl aber eine Art Nothgesetz, welches bezweckt, die Abfordderung der Prämie für gewisse Zeit, etwa bis 1897, zum Stillstand zu bringen.

Die Delegierten der Berliner Gewerkschaften beschließen, den Gewerkschaften zu empfehlen, den 1. Mai wie in den letzten Jahren zu feiern, also die Arbeitsruhe nur dort durchzuführen, wo es, ohne die Interessen der übrigen Arbeiterchaft in Mitleidenschaft zu ziehen, geschehen könne. Der Kassenbestand der Gewerkschaftscommission beträgt 3177 Mark. — Die Metallbrüder wollen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, allfällig selbst auf die Gefahr einer Aussperrung, zumal von 500 hier Beschäftigten 442 organisiert sind.

Stuttgart, 24. Februar. Die Kammer wählte eine Commission zur Vorbereitung der Antwortadresse auf die Thronrede. Abg. Haugmann betonte, daß insbesondere die Thronredebestelle bezüglich der Beschaffungsrevision eine Erwiderung erfordere, da die von der Regierung gewünschte Klärung durch den Wahlausfall bereits deutlich vollzogen sei. Ministerpräsident v. Württemberg erklärte, die Regierung sei jederzeit bereit, über ihre weitere Haltung in der Beschaffungsrevision mündlich Auskunft zu geben. Weiter erklärte v. Württemberg, daß die Regierung mit der Frage der Einführung des Proportionalwahlrechts sich eingehend beschäftigt habe.

Roburg, 24. Februar. Der Magistrat hat es abgelehnt, die beantragte Erhöhung des Büchsen-Bismard zu seinem 90. Geburtstag seitens der Stadtgemeinde in's Werk zu setzen.

Wahltag, 24. Februar. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Oels-Neub. Johannisburg wurde der Oberpräsident Graf zu Stolberg (cons.) mit großer Majorität gewählt.

Gottlieb Michaelis, ev., L. - Steuer-Aufscher Adolf Weisner, kath., L. Todesfälle. I. Schlossergeselle Theodor Rablinski, 19 Jahre.

Stellmachermeister Carl Friede, ev., L. - Kohlenhändler August Schwarz, kath., L. - Kassenbdiener Alois Hantke, kath., S.

Standesamtliche Nachrichten. Vom 22. Februar. Eheschließungen. I. Fleischer Herman Pfennig, ev., mit Agnes Seidel, kath., hier.

Eheschließungen. I. Schürer Carl Gahn, ev., mit Maria Fischer, kath., hier. - Maurer Gustav Herrmann, ev., mit Pauline Gramich, evang., hier.

Literarisches. Socialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin).

Stadt-Theater. Montag: Die Räuber. Dienstag: Rigou.

Lobe-Theater. Montag: Hernand's Contract. (La fil à la porte)bons unglück.

Victoria-Theater. Täglich: Specialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Socialdemokrat. Verein für Breslau und Umgegend. Montag, den 25. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Local zu den „3 Tauben“.

Polster-Werg. Kofhaare, Ugara, Indiofaser, Alpengras, Seegras, Federn, Möbelschmir, Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile, Wäscheleinen, Hängematten, Matze, Taschen empfiehl billigst 3370

Wichtig für Raucher! Hochfeine Cigarren 3 St. 10 Pfg., 100 St. 3 Mk. empfiehl 3223

Louis Schröter, Cigarrenfabrik Friedrichstraße 64, v. a. v. l. d. r. Zimmerstraße.

Vereins-Kalender. Breslau. Dienstag, den 26. Februar: Kranke - Unterstützungs-Von der Schneider-Deutschlands (E. H. Braun'schweig) Abt. 8 Uhr: Kasserabend im Gasthaus zum roten Löwen.

Sopha gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mark an, polierte Bettstellen mit Matraze und Kissen von 27 Mk. an. Schränke, Tische, Spiegel, Kücheneinrichtungen billigst. Kirch-Strasse Nr. 22, Schindler, Tapezierer.

5 Pfg. Sumatra-Cigarren. Sumatra-Tabak und Gornen-Tabak. Große Quantitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack 100 Stk. 2 Mk., 250 Stk., 3 Mk. bis 5 Mk. empfiehl gegen Stachtmann 3188 Cigarrenfabrik E. Lampe bann. A. Kirchner fabrik und Hauptgeschäft: Breslau, Komplatz II, am Odekerbalken.

Gräbschenerstrasse 40 Th. Muszynski, Tischlermeister. Um Juchum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein Sarg-Magazin mit Gräbschenerstrasse 40 neben der Polizei-Abtheile befindet.

Herrn- u. Damen-Garderobe aller Art mit nebenstehender Control-Markte. Eine Garantie daß der Käufer nur reell gearbeitete Waare und der Arbeiter einen menschenwürdigen Lohn erhält. Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei

V. Liepelt, Confectionshaus „Solidarität“, Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a, Ecke Neue Welt-Gasse. Bekleidungen nach Wunsch werden in kurzer Zeit gut und sauber angefertigt.